

und.
auf dem West-
uf Seerücken.
Das in der
auf die See-
Ritter aus.
wo aber ch-
aufnahm-
nen.

Der Sächsische Erzähler

Tagesblatt für Bischofswerda



Einzige Tageszeitung im Amtsgerichtsbezirk
Bischofswerda und den angrenzenden Gebieten
Der Sächsische Erzähler ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekannt-
machungen der Amtshauptmannschaft, des Hauptzollamts und des Be-
zirksgerichts zu Bautzen sowie des Finanzamts und des Stadtrats zu
Bischofswerda und der Gemeindebehörden behördlicherseits bestimmte Blatt

Schließungsweise: täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis für die Zeit eines halben Monats: frei ins Haus halbjährlich 1.10. beim Abholen in der Geschäftsstelle wöchentlich 45 Pf. Einzelnummer 10 Pf. (Sonnabendnummer 15 Pf.)

Terzprecher Nr. 1 bis Bischofswerda Nr. 444 und 445.
Um Falle von Betriebsstörungen oder Unterbrechung der
Beförderungseinrichtungen durch höhere Gewalt hat der Be-
zieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der
Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Anzeigepreis: Die 45 mm breite einseitige Millimeterzeile 8 Rp.
Im Zeitteil die 90 mm breite Millimeterzeile 25 Rp. Nachlass
nach den gesetzlich vorgeschriebenen Schäden. Für das Erzielen
von Anzeigen in bestimmten Nummern und an bestimmten Plätzen
keine Gewähr. — Erfüllungsort Bischofswerda.

Nr. 130

Donnerstag, den 6. Juni 1935

90. Jahrgang

Tagesfragen.

* Generaloberst von Linsingen, ein ruhmvoller Führer im Weltkrieg, ist Mittwoch abend kurz nach 7 Uhr, nach kurzer, schwerer Krankheit in Hannover gestorben.

* In Paris sind auch die Berichte Lavals zur Regierungsbildung geschickt. Nachdem Herriot ablehnte, beantragte der Präsident der Republik den Marineminister Piétri. Die Presse berichtet dessen Aussichten skeptisch.

* Die französischen Linksparteien haben eine Entschließung angenommen, in der der gemeinsame Wille nach Annäherung festgestellt wird. Auch die Frontkämpfervereinigung „Feuerkreuz“ hat einen Aufruf erlassen.

* In London wird jetzt bestimmt damit gerechnet, daß der Innenminister Samuel Hoare das Außenministerium übernimmt, während Lord Privy Seal Edén auf seinem Posten verbleiben wird. Am Mittwoch stand die leise Sichtung des Kabinetts MacDonald statt.

* Die Erzbischöfe von Canterbury und York und der Präsident der englischen Freikirche fordern das englische Volk auf, für die Staatsmänner der Welt zu beten, damit sie die Völker auf die Wege der Gerechtigkeit und des Friedens führen.

* In mehreren Städten der oberitalienischen Provinzen Romagna und Venetien wurden Erzbischöfe abgezogen.

* Ein Streik im Staat Ohio bedroht die Licht- und Kraftversorgung zahlreicher Städte in Ohio, Indiana und Michigan.

* Zusatzbeitrag an anderer Stelle.

Was wird aus Frankreich?

Es gibt wohl keine schärferere Kritik am parlamentarischen System als die Tatsache, daß 16 Abgeordnete nach der Abstimmung ihr Nein gegen Bouisson berichteten. Deodat von Nanterre sagt in seiner französischen Geschichte: „Parteien überzeugen nicht; sie führen nur.“ Diese 16 Abgeordneten aber haben, zusammen mit den 60, die sich der Stimme enthielten, eine Verantwortungslosigkeit gegenüber den Geschäftsfeldern des Landes gezeigt, die selbst in Frankreich Aufsehen erregt. Sie haben im ersten Impuls gehandelt und Bouisson gestürzt, vielleicht in der Hoffnung — wenn überhaupt eine solche Hoffnung bestand —, daß sie die Folgen aus ihrer Abstimmung nicht zu tragen hätten und sich wohl eine Mehrheit für das finanzielle Bevollmächtigungsgesetz finden würde. Dieser Mangel an Stoßkraft ist aber offenbar geworden, und man versucht die französische Presse, wenn sie in ihren nationalen Organen schreibt, es sei nunmehr genug. Die urteils- und verantwortungslose Kammer müsse zur Vernunft gebracht und aufgelöst werden.

Über der Präsident der Republik, Lebrun, hatte noch einmal der Versuch unternommen, durch Belebung des bisherigen Außenministers Laval mit der Regierungsbildung die demokratischen und parlamentarischen Formen einzubauen. Seit Beginn der Dritten Republik ist das die 99. Kabinettbildung, die 10. seit Beginn dieser Parlamentssession, also innerhalb zweier Jahre! Man muß sich diese Tatsache in ihrer vollen Wucht vergegenwärtigen, um den Widerstand aller nationalen französischen vor der parlamentarischen Unfähigkeit mitzumachen. Denn über kleinliche Rivalen, winzige Parteistreitigkeiten und Hässleien ist man im französischen Parlament niemals herausgekommen, und die Deputierten, die auf ihre Freiheit der Meinung und der Abstimmung so stolz sind, meinen damit nur die verantwortungslose Freiheit und ihre anonyme Macht, Regierungen, die aus dem Parlament selbst geboren werden, nach Belieben zu fürzten. Eine konstante Regierung ist bei diesem Übermaß des parlamentarischen Individualismus unmöglich geworden und darunter läuft selbstverständlich auch die außenpolitischen Beziehungen, da schnell wechselnde Regierungen natürlich keinen klaren Kurs erhalten können und jede einzelne Regierung abhängig ist von den Zufallsneigungen in der französischen Kammer. Selbst die französischen Staatsmänner großen Formats sind davon abhängig. Als Briand in Cannes so etwas wie eine Aussprache mit Deutschland verlor, rotete sich in der Kammer eine Mehrheit hinter Poincaré zusammen, die im entscheidenden Augenblick Briand stützte. Clemenceau, der Vater des Verteidiger Unfriedens, war in der Vorriegszeit ein berüchtigter Radikalist, der das Wesen des Parlamentarismus, die schwunglose und verantwortungslose Kritik, von ihm mit Weitsicht gebahnt wurde.

Über die Sieger über Bouisson, die Gegner des Bevollmächtigungsgesetzes, haben mit dieser rein verneinenden Einstellung nicht gesagt. Denn sie haben nicht die Frankfurte überwunden, sondern nur noch verschärft, sie haben aus rein dogmatischen Erwägungen selbst das nach links gewandte Kabinett Bouisson gestürzt, also das, was man in Deutschland der Parlamentszeit eine parlamentarische Dif-

tatur nannte, eine Diktatur der Mitte mit dem Angesicht nach links, die immer die Aufgabe hatte, den festgesetzten Parlamentarismus zu überwinden und ihn nachher wieder in Wirklichkeit zu leben. Wenn ein Blatt wie „Le Journal“ schreibt, die Linke habe unter freimaurerischer Führung den Schlag geführt, dann mag das Blatt recht haben. Aber hinter den Kulissen wird um mehr gekämpft. Die Linke wittert seit ihrem Sieg bei den Gemeindewahlen Morgengrauen. Sie vertraut auf Sovjetruhland und will vor allem die Rechtsverbände entwaffnen und die proletarische Diktatur vorbereiten. Dazu ist das Chaos notwendig, und in chaotischer Verwirrung haben die französischen Abgeordneten sich diesem Befehl unwillig unterworfen. Der Kommunismus weiß ganz genau, daß die mostwütige Parole auf Einstellung des Kampfes gegen das französische Militär und die französische Gesellschaft nur eine Scheinparole war. Sie wird nirgends befolgt. Im Gegenteil gehen die Bestrebungen der Linken darin, das Kabinett unter kommunistisch-marxistischer Führung wieder zum Leben zu erwecken, das im Jahre 1924 seine Tätigkeit mit dem Ruin des Franken begann, bis der Druck der Massen die Kammer unter Poincarés Diktatur stellte, womit damals der Franken stabilisiert wurde.

Es ist dabei nicht belanglos, daß innerhalb der Radikal-

sozialistischen Partei, die sich immer auf die Traditionen der

großen französischen Revolution beruft, nach dem Schlag des

6. Februar 1934, als der Unwillen über den Stavisky-Skan-

dal zu Explosionen führte, die Kreise an Einfühl gewonnen haben, die glauben, die Beteiligung hervorragender Parteimitglieder an diesen Korruptionsfällen sei verdeckt und vergessen. So hat Herriot die Mehrheit in der Partei verloren, und sein erbitterter Konkurrent Daladier hat sie gewonnen. Während Herriot auf der Seite der Regierung stand, hat Daladier den Streit gegen ihn geführt, und Herriot war unfähig, ihn zu patieren. Bei der Abstimmung gaben die Radikalsozialisten den Ausdruck. Ihre überwiegende Mehrheit stimmte gegen die Regierung und gegen ihren Parteichef Herriot.

Aus solchen Kleinigkeiten heraus ist der Skandal entstanden. Es trennen sich persönliche Abneigungen und Wahlhoffnungen der kommunistisch-marxistischen Linken auf kleinbürgerlichen Zulauf. Das Land, das in Angst und Spannung die Kammerdebatte verfolgte, ist dabei zu kurz gekommen. Aber trotz der starken Verlaubarbarungen des Unwiliens aus dem Volke sind auch die Bemühungen Lavals an dem Starrsinn der Radikalsozialisten gescheitert und auch Herriot, der Führer der Radikalsozialisten, hat die Kabinettbildung abgelehnt. Ob dem früheren Marineminister Piétri der Ausweg aus der Krise gelingt, kann man zur Stunde noch nicht beurteilen. Sollte es der Fall sein, so wird aber auch ein Kabinett Piétri keine lange Lebensdauer haben. Denn bei der nächsten Gelegenheit werden diese Abgeordneten und diese Kammer abermals die gleichen Ränke schmieden, sie gehen aus dem System hervor.

Zunehmende Verwirrung in Paris.

Schwieriger Ausweg aus der Krise. — Vor einem Linkskabinett mit kommunistischer Unterstützung?

Paris, 6. Juni. Laval nahm gestern mittag sofort seine Begehrungen mit den Parteiführern auf, gab aber bereits gegen Abend den Auftrag zurück. Beim Verlassen des Elysée erklärte er, daß er angehört der Haltung der radikal-sozialistischen Kammergruppe auf die Regierungsbildung verzichtet habe. Die Entschließung der radikalsozialistischen Kammeraktion blieb zwar gewisse beschränkte Vollmachten, aber die Umstände, unter denen diese Entschließung zur Annahme gelangt sei, erlaubten nicht eine umfassende Mehrheit zu erzielen, um den Kampf gegen die Spekulation aufzunehmen. Wie verlautet, soll die erwähnte Entschließung der radikalsozialistischen Fraktion mit 63 gegen 27 Stimmen angenommen worden sein. Ihr Wortlaut ist bisher nicht bekanntgeworden.

Der Präsident der Republik hat daraufhin den Vorsitzenden der radikalsozialistischen Partei, Herriot, zu sich gebeten, der aber ebenfalls ablehnte. Die Stellungnahme der radikalsozialistischen Kammergruppe, die anscheinend nach einer Möglichkeit sucht, mit den übrigen Linkgruppen die Grundlage für eine ausgesprochene Linksparteiierung zu schaffen, dürfte für seinen ablehnenden Bescheid maßgebend gewesen sein.

Präsident Lebrun hat jetzt den früheren Marineminister Piétri berufen, um ihm die Kabinettbildung zu übertragen. Piétri hat sich Bedenken ausgetragen.

Piétris Verhandlungen.

DNB. Paris, 6. Juni. (Eig. Funkmelde.) Kriegsminister Piétri hat am Mittwochabend mit Senatspräsident Jeanneney, Herriot und seinem Parteifreund Delbos sowie dem Ministerpräsidenten des gestürzten Kabinetts Bouisson verhandelt. Er will am Donnerstagvormittag mit Laval, Mandel, Caillaux und Malvy Treffen nehmen, um alsdann, sobald die Radikalsozialisten ihm einen endgültigen Bescheid über ihre Teilnahme an der Regierung überbrückt haben, darüber zu befinden, ob es Zweck habe, die Verhandlungen fortzuführen.

Schwache Meinung für Piétri.

Paris, 6. Juni. (Eig. Funkmelde.) Nachdem durch die Haltung der Radikalsozialisten Lavals die Bildung einer auf breiter Grundlage stehenden Regierung unmöglich gemacht worden ist, stehen die meisten Blätter dem Verlust Piétris ziemlich skeptisch gegenüber. Man spricht zwar dem ehemaligen Kriegsminister eine gewisse Fähigkeit nicht ab, aber man scheint ihn doch nicht für den Mann zu halten, der unter den heutigen Umständen mit harter Faust durchgreifen könnte. Hinzu kommt, daß die politische und wirtschaftliche Einstellung Piétris gewissen rechtsstehenden Kreisen Bedenken einflößt.

So schreibt „Echo de Paris“: „Wir sind wenig begeistert; die Persönlichkeit Piétris beeindruckt uns wegen seiner Anfichten über die auswärtige Politik und wegen seiner Abwertungsneigung. Wir zollen seiner Vaterlandsliebe und

seinem höflichen Aufstreben Anerkennung, aber wir fragen, ob er der eiserne Mann ist, den die Umstände erfordern.“

Erneute Straßenunruhen in Paris.

DNB. Paris, 5. Juni. Vor dem „Petit Journal“ ist es zu Unruhen gekommen. Anhänger der Action Française haben gegen die von diesem Blatt befürwortete Abwertungspolitik protestiert und sämtliche Fenster der Geschäftsräume eingeschlagen. Auch aus anderen Stadtteilen werden Unsammlungen gemeldet.

Steinwürfe auf das Pariser Logenhaus „Großer Orient“.

DNB. Paris, 6. Juni. (Eig. Funkmelde.) Außer den Geschäftsräumen der Tageszeitung „Petit Journal“ wurde am Mittwoch auch das Haus der Freimaurerlogie „Großer Orient“ von Anhängern der royalistischen Action Française mit Steinen beworfen. Auch hier wurden sämtliche Fensterscheiben zerstört. Die Menge versuchte dann, über die großen Boulevards nach dem Opernplatz zu ziehen, wurde aber von einem starken Polizeiaufgebot auseinandergetrieben. Sieben Personen sind verhaftet worden.

Ein Aufruf der „Feuerkreuzler“.

DNB. Paris, 6. Juni. Die Frontkämpfervereinigung „Feuerkreuz“ hat in Frankreich folgenden Mauerantrag verbreitet:

„Die Kassen des Staates sind leer. Der Friede ist unsicher. Das Volk erwartet Arbeit und Brod. Eine Regierung wagt dem Parlament zu sagen: „Wir bekämpfen die Spekulanten, lasst uns arbeiten“. In weniger als 24 Stunden wird sie gestürzt. Abgeordnete von rechts und links, Sklaven der kapitalistischen oder der marxistischen Internationale, sind bereit, den Bürgerkrieg vorzubereiten. Wir rufen euch ein Jahr zu!“

Linksregierung mit Unterstützung der Linksparteien?

Eine Entschließung der Linksparteien?

DNB. Paris, 6. Juni. (Eig. Funkmelde.) Donnerstag früh um 1 Uhr war das Stichwort ausgegeben worden, der Versuch, eine Regierung des Linksbündels mit Unterstützung der Kommunisten anzubilden, sei gescheitert. Um 2 Uhr früh aber, als die Blätter bereits im Druck waren, wurde bekannt, daß die Vertreter der Linksparteien folgende Entschließung angenommen hätten: „Die Gruppe der Radikalsozialisten, der Allianz, der Sozialistischen Republikaner, der Neu- sozialisten, der Kommunisten und der proletarischen Einheitsfront stellt ihren gemeinsamen Willen nach Annäherung fest. Angesichts der Gefahr, die dem öffent-